



Der Wiener Kongress und seine Folgen. Großbritannien, Europa und der Friede im 19. und 20. Jahrhundert. Prinz-Albert-Gesellschaft e.V.; Landesbibliothek Coburg, 03.09.2015–05.09.2015.

Reviewed by Mario Müller

Published on H-Soz-u-Kult (November, 2015)

Der Wiener Kongress und seine Folgen. Großbritannien, Europa und der Friede im 19. und 20. Jahrhundert

Der Wiener Kongress (1814/15) sicherte nach dem Sieg über das napoleonische Frankreich fast 100 Jahre lang den Frieden in Europa. Bis zum heutigen Tag ist dies die längste Zeitspanne, in der – neben lokal begrenzten militärischen Konflikten – der Friede auf dem europäischen Kontinent aufrechterhalten werden konnte. Aus Anlass des 200-jährigen Jubiläums widmete sich die 34. Jahrestagung der Prinz-Albert-Gesellschaft vom 3. bis 5. September 2015 in der Coburger Landesbibliothek diesem Themenbereich unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Großbritanniens.

Silvia Pfister (Coburg), die Leiterin der Coburger Landesbibliothek, verwies als Gastgeberin der Konferenz auf das historische regionale Umfeld, indem sie konstatierte, dass auch Coburg aus dem Wiener Kongress als Sieger hervorgegangen sei. Frank-Lothar Kroll (Chemnitz), der Vorsitzende der Prinz-Albert-Gesellschaft, formulierte nach einführenden Worten der Begrüßung und des Dankes drei Bereiche, die im Vordergrund der Referenten- und Diskussionsbeiträge stehen sollten: den speziellen Beitrag Großbritanniens zum Wiener Kongress; die europäischen und wiederum die englischen Friedensbemühungen bis 1914 sowie die Spätfolgen und Nachwirkungen der Wiener Friedensordnung bis in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts.

Den ersten inhaltlich in das Tagungsgeschehen einleitenden Vortrag hielt EBERHARD STRAUB (Berlin). Er verwies darauf, dass nach der Niederwerfung Napole-

ons Großbritannien und speziell England bei Freund und Feind gleichermaßen mit Argwohn betrachtet wurde. Dies hing mit den Folgen der von Napoleon installierten und von 1806 bis 1814 aufrechterhaltenen Kontinentalsperre zusammen, die das Festland vom Inselreich abschneiden sollte. Großbritannien wiederum war darauf bedacht, nach dem Ende der Isolation wieder Anschluss an den europäischen Kontinent zu finden – unter der Prämisse, dass der Frieden in Europa gesichert sei. Viscount Castlereagh, der Außenminister der damaligen Weltmacht, trat auf dem Wiener Kongress mit Nachdruck dafür ein, dass die unterlegene Nation Frankreich nicht durch einen rücksichtslos diktierten Friedensschluss gedemütigt werde. Schließlich habe man Krieg gegen Napoleon und nicht gegen Frankreich geführt. Zudem sprach sich die britische Regierung auf dem Wiener Kongress zwar für den Schutz des „monarchischen Prinzips“ aus, um den Frieden sicherstellen zu können, doch wurden Interventionen in souveräne Staaten im Falle von Unruhen oder Revolutionen abgelehnt.

Einen geographischen Randkonflikt, der aber trotzdem eine große Stahlkraft auf das europäische Machtssystem ausübte, behandelte LOTHAR HÄBELT (Wien) mit seinem Beitrag über den Englisch-Amerikanischen Krieg von 1812. Dieser Konflikt sei ein Kampf zwischen „David“ (USA) und „Goliath“ (Großbritannien) gewesen, wobei die USA am 18. Juni 1812 dem überlegenen, aber weit entfernten Gegner den Krieg erklärten. Die Gründe hierfür waren einerseits die

Durchsuchung amerikanischer Schiffe nach Deserteuren durch die Royal Navy, in deren Gefolge zahlreiche Amerikaner verschleppt und in die britische Marine zwangsrekrutiert wurden, sowie andererseits die feindselige Handelspolitik Großbritanniens, die es amerikanischen Schiffen de facto unmöglich machte, Waren nach Europa zu transportieren. Das Ziel der USA war die Annexion Britisch-Kanadas, um verstärkten Druck auf Großbritannien ausüben zu können. Als der militärische Überfall gescheitert war, entstand eine Pattsituation, die erst durch die Niederlage Napoleons und die so freigewordenen britischen Truppen zu Gunsten Großbritanniens entschieden wurde. Nachdem der militärische Sieg für die Weltmacht absehbar war, konnte sie bei den Friedensverhandlungen ähnlich wie später bei denen des Wiener Kongresses darauf bedacht sein, die unterlegenen USA nicht durch einen Schandfrieden zu demütigen. Dieser Friede hatte, ebenso wie der in Europa, 100 Jahre Bestand.

Dass völkerrechtliche Beziehungen heutzutage in der internationalen Politik zunehmend an Bedeutung verlieren, ist für STEFAN SCHIEREN (Eichstätt-Ingolstadt) keine These, sondern eine Tatsache. Für die Delegation des Wiener Kongresses war die Erarbeitung und Implementierung von völkerrechtlich verbindlichen Kontrakten und Normen hingegen unumgänglich. Diese sollten den Frieden in Europa nach innen und außen sichern. Gerade der Krimkrieg von 1853–1856 bewies, dass ein Krieg zwischen Großstaaten, dank gesicherter Verhandlungswege, fortan nicht mehr unbedingt in einen europäischen Krieg einmünden musste. Die Langlebigkeit der auf dem Wiener Kongress beschlossenen Vereinbarungen bestärkt den epochalen Rang dieser Zusammenkunft.

Dass auf dem Wiener Kongress auch die Abschaffung des atlantischen Sklavenhandels ein wesentlicher Verhandlungspunkt war, wird oftmals übersehen. Mit diesem Thema befasste sich eingehend ROBIN BLACKBURN (Essex). Gerade für den britischen Delegierten Viscount Castlereagh war diese Problematik substanziell und gebot keinerlei Nachsicht, wenn es um die Verhandlung dieser Angelegenheit ging. Auf Vorschlag des französischen Staatsmannes und Diplomaten Talleyrand-Périgord sollte sich eine eigens geschaffene Kommission damit befassen. Doch die vom Sklavenhandel stark profitierenden Staaten wie Spanien und Portugal, und auch die nach der Niederlage Napoleons restaurierte Bourbonenmonarchie, waren in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend. Sie erachteten diesen Vorschlag als Eingriff in ihre Kolonialpolitik. Castlereagh drohte darauf-

hin mit einem Handelsboykott für all jene Staaten, die sich entsprechenden Verhandlungen über die Abschaffung des Sklavenhandels widersetzen. Blackburn hielt abschließend fest, dass ein signifikanter Rückgang des Sklavenhandels zwar erst um 1850 erreicht, der Grundstein dafür aber auf dem Wiener Kongress gelegt wurde.

MICHAEL BROERS (Oxford) widmete sich in seinem Vortrag der Napoleonischen Gesetzgebung und deren Einfluss auf Frankreich und Europa. Er konstatierte, dass die Arbeit des Wiener Kongresses wesentlich komplexer war als oftmals angenommen. Generelle Zielsetzung war die Restauration der vor-napoleonischen Ordnung und die Wiedereinsetzung legitimer Dynastien. Im Zenit der Macht (1810–1812) sahen die Franzosen ihre Hegemonie als eine Art imperiale Mission, die das Wesen der neuen französischen Herrschaft in Europa verbreiten sollte. Es kristallisierte sich zunehmend die Vorstellung eines Napoleonischen Europas heraus, das vor allem die administrativen und rechtlichen Reformen der Hegemonialmacht sowie deren kulturelle Normsetzungen übernehmen sollte. Diese Vision traf in der Realität jedoch auf Widerstand und Ablehnung. Am Schluss des Vortrags stand der Hinweis darauf, dass der bedeutungsvolle Einfluss der Napoleonischen Gesetzgebung erst im Laufe der Jahre in vollem Ausmaß zum Vorschein kam.

Im Mittelpunkt des Beitrags von JOHN DAVIS (London) standen die wirtschaftlichen Gesichtspunkte des Wiener Kongresses. Viel zu oft seien diese Aspekte bei der Analyse der Friedensverhandlungen nicht berücksichtigt worden und sollten daher in zukünftigen wissenschaftlichen Studien stärker in den Vordergrund gestellt werden. Schillernde Persönlichkeiten wie Metternich, Castlereagh und Talleyard prägten das allseits bekannte Bild des Wiener Kongresses, doch ohne das diskrete Wissen und Wirken der Männer im Hintergrund, der rechnerisch gewandten Ökonomen und Wirtschaftsfachleute, wären alle Verhandlungen ins Leere gelaufen oder doch jedenfalls im Unbestimmten versandet.

MARK EDWARD HAY (Oxford) referierte über ein eher selten im Fokus stehendes Thema: Großbritannien, Deutschland und die Rolle der Niederlande im Umfeld des Wiener Kongresses 1812–1815. Dabei stand vor allem die Neugliederung dieses Herrschaftsgebietes im Mittelpunkt. Mit der Proklamation der Unabhängigkeit der Niederlande 1813, wurde ein Staat kreiert, der als eine Art Puffer gegen mögliche Expansionsvorhaben Frankreichs fungieren sollte. Vor allem Großbritannien

und Russland strebten auf dem Wiener Kongress danach, das Königreich der Vereinten Niederlande zum Bollwerk gegen französische Ausdehnungswünsche an der flandrischen Küste zu erheben. Bis zur Belgischen Revolution von 1830 war diese Konzeption im Großen und Ganzen erfolgreich.

Aber die verschiedenen innenpolitischen Konflikte in Großbritannien und die daraus resultierende Kritik am Wiener Kongress referierte GEORG ECKERT (Wuppertal). England wurde zu jener Zeit durch eine Wirtschaftskrise, eine schnell voranschreitende Industrialisierung (mit den dazugehörigen sozialen Problemen) und fortdauernde Konflikte mit Irland erschüttert. Aus dieser instabilen Situation heraus versuchten die damaligen Oppositionellen den Wiener Kongress zu sabotieren und damit die amtierende Regierung in Misskredit zu bringen. Besonders bei der Thematik des Sklavenhandels regte sich starker Widerstand auf Seiten der Opposition. Es war der Parlamentarier William Wilberforce, der die Abschaffung der Sklaverei – besonders in den englischen Kolonien, etwa in Westindien – mit Nachdruck forderte.

Die Periode der restaurierten Bourbonenmonarchie in Frankreich bis zur Julirevolution 1830 war das Thema von MUNRO PRICE (Bradford). Nach dem Aachener Kongress 1818 trat Frankreich – neben Preußen, Österreich und Russland – der Heiligen Allianz bei und fand sich sogleich auf dem eingespielten politischen Parkett des alten Europas wieder. Vier Jahre zuvor hatte der wieder eingesetzte König Ludwig XVIII. die *Charte Constitutionnelle* erlassen, da er die Unumgänglichkeit von Zugeständnissen an die Errungenschaften der Revolutionsära einsah. Diese relativ liberale Verfassung trug jedoch nicht zur Beruhigung des Konfliktpotenzials bei. Price betonte, dass gerade der sogenannte *terreur blanc* die von 1815 bis 1823 restaurierte Monarchie mit blutigen Attentaten in Angst und Schrecken versetzte, was beispielhaft für das innenpolitische Dilemma des neuen französischen Staates war. Karl X. übernahm nach dem Tod seines älteren Bruders Ludwigs XVIII. 1824 die Regierungsgeschäfte. Geprägt waren seine Amtsjahre vor allem von den sich zunehmend verstärkenden Kollisionen der *deux Frances*. Diese Situation konnte früher oder später die Stabilität Europas gefährden, resümierte Price. In dieser Interpretation brachte der Ausbruch der Julirevolution 1830 zeitweilig sogar eine außenpolitische Beruhigung.

Die Restauration in Frankreich und die damit verbundene Friedenssicherung in Europa waren das Thema des Vortrags von VOLKER SELLIN (Heidelberg). Er konstatierte,

dass das Ziel der Koalition gegen den Imperator ein dauerhafter Frieden in Europa gewesen sei, der zunächst mit Napoleon geschlossen und erhalten werden sollte. Nach dessen Absetzung im April 1814 wurde Ludwig XVIII. vom Senat zum König von Frankreich (nicht König der Franzosen!) berufen. Der neue Monarch war an die *Charte constitutionnelle* gebunden und verpflichtete sich, am Verfassungsstaat festzuhalten. Doch die problemlose Wiedererlangung der Macht durch Napoleon 1815 zeigte, wie wenig rückhalt die Bourbonenherrschaft bei der auf eine Revision des Ersten Pariser Friedens drängenden französischen Bevölkerung besaß. Die Koalition stellte sich daraufhin auf die Seite des französischen Königs, um die Restauration zu retten und um ein erneutes französisches Kaiserreich unter napoleonischer Führung zu verhindern, welches die Friedensbemühungen der anderen europäischen Staaten dauerhaft in Frage gestellt hätte.

CARL-CHRISTIAN DRESSEL (Erfurt) stellte einen regionalen Bezug her, indem er einen Überblick über die territoriale Ausdehnung und die verwaltungstechnischen Strukturen sowie über wirtschaftliche Bedingungen und dynastische Verwandtschaftsbeziehungen des Herzogtums Coburg zwischen 1800 und 1850 bot. Besonders stellte Dressel dabei die Bedeutung der Heiratspolitik heraus, welche Mitglieder des Coburger Herzogshauses bis auf die Throne Englands, Bulgariens, Belgiens und Portugals führte. Herzog Ernst I. verlieh seinem Land 1821 eine liberale Verfassung, Herzog Ernst II. profilierte sich darüber hinaus seit den 1850er Jahren als aktiver Förderer der deutschen Nationalbewegung.

Der Krimkrieg gehörte zu den bedeutendsten, aber weitaus vergessenen Konflikten des 19. Jahrhundert, bemerkte HANS-CHRISTOF KRAUS (Passau). Es lag zu jener Zeit im britischen Interesse, das Osmanische Reich, den kranken Mann am Bosphorus, so lange wie möglich gegen die russischen Expansionsansprüche zu unterstützen, um die Handelswege nach Indien zu sichern. Die britischen Bemühungen, mit den beiden anderen Ostmächten, Preußen und Österreich, eine Allianz einzugehen, misslangen, sodass Großbritannien und Frankreich zunächst auf sich allein gestellt, im März 1854 Russland den Krieg erklärten. Erst durch den Einsatz von modernen Techniken im Bereich der Medizin und der Kommunikation konnten sich die alliierten Verbände nach hartem Ringen einen Vorteil verschaffen, woraufhin Zar Alexander II. im Dezember 1855 um Friedensverhandlungen bitten musste. Zu den Folgen, die im Pariser Frieden 1856 festgelegt wurden, gehörte die Entmilitarisierung des Schwarzen Meeres.

Noch bedeutender aber war die Tatsache, dass ein militärischer Konflikt der europäischen Großmächte lokal begrenzt werden konnte und der europäische Frieden dadurch nicht erschüttert wurde.

COLIN ANDREW MUNRO (Wien) konstatierte in seinem Schlussvortrag, dass der Wiener Kongress die exklusive Möglichkeit eröffnet habe, das monarchische Prinzip zu kräftigen und ein Wiedererstarken der Napoleonischen Herrschaft zu vermeiden, damit zugleich Europa zu stabilisieren und den langersehnten Frieden mit Frankreich zu etablieren. Napoleons Herzogtum Warschau überlebte Niederlage seines Schöpfers nicht. Polen musste hinfort über hundert Jahre warten, um als eigener Staat wiederzuerstehen. Munro hielt abschließend fest, dass es als Mitglied der EU und der NATO mittlerweile im Gefolge der Mitgliedsstaaten etablieren konnte. Damit ist die Arbeit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) jedoch nicht getan. Gerade der gegenwärtige Konflikt in der Ukraine stellt eine weitere Herausforderung für diese Organisation dar. Hier ist ein ernsthafter Dialog zwischen Russland und dem Westen gefragt. Doch auch die aktuelle Flüchtlingskrise wird die Vermittlerrolle der OSZE noch einige Jahre fordern.

Die Konferenz bot einen breitgefächerten und perspektivreichen Überblick der Wiener Friedensverhandlungen 1814/1815 unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Großbritanniens. Explizit wurde dabei auf die Bedeutung des Inselreiches im Hinblick auf den Krimkrieg und den Englisch-Amerikanischen Krieg sowie auf die Neuordnung Europas eingegangen. Darüber hinaus wurde durch den Verweis auf die Folgewirkungen des Wiener Kongresses ein Gegenwartsbezug geschaffen, der es ermöglichte auch tagespolitische Ereignisse zu diskutieren.

Konferenzübersicht:

Eberhard Straub (Berlin), Der Wiener Kongress, England und die Neuordnung Europas / The Congress of Vienna: England and the Reshaping of Europe

Silvia Pfister / Frank-Lothar Kroll, Begrüßung und Einführung / Introduction

Lothar Häfelfelt (Wien), Der englisch-amerikanische

Krieg von 1812 und seine Rückwirkungen auf das europäische Machtssystem / The Anglo-American War of 1812 and its Effects on the European Power-System

Stefan Schieren (Eichstätt-Ingolstadt), Intervention und Völkerrecht im 19. und 20. Jahrhundert / Intervention and International Law in the 19th and 20th Centuries

Robin Blackburn (Essex), Der Wiener Kongress und die Problematik des Sklavenhandels

Michael Broers (Oxford), Die Welt, die wir verloren haben. Eine Geographie des napoleonischen Europa â was Wien zu entwirren hatte / The World We Have Lost: A geography of Napoleonic Europe; what Vienna had to unravel

John Davis (London), Wirtschaftliche Dimensionen des Friedens von 1815 / Economic Dimensions of the Peace of 1815

Mark Hay (London), Großbritannien, Deutschland und die Dichotomie des historischen Wirkens der Niederlande, 1812-1815 / Great Britain, Germany and the Dichotomy of Dutch Historical Agency, 1812-15

Georg Eckert (Wuppertal), Wien in der Kritik. Britische Gegner der neuen Ordnung / Criticizing Vienna: British Opponents of the New Order

Munro Price (Bradford), Frankreich und das Abkommen von Wien (1814-1830) / France and the Vienna Settlement, 1814-30

Volker Sellin (Heidelberg), Restauration und europäische Friedensordnung / Restoration and the European Order of Peace

Carl-Christian Dressel (Erfurt), Kleinstaaten in Mitteldeutschland. Sachsen-Coburg im Deutschen Bund (1815-1850) / Small States in Central Germany: Saxe-Coburg and the German Confederation, 1815-50

Hans-Christof Kraus (Passau), Zwischen Frankreich und Russland. England und der Krimkrieg / Between France and Russia: England and the Crimean War

Colin A. Munro CMG (Wien), Von Versailles zur OSZE. Das Vereinigte Königreich und die Friedenssicherung in Europa / From Versailles to OSCE. The United Kingdom and Peacemaking in Europe

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Mario Müller. Review of , *Der Wiener Kongress und seine Folgen. Großbritannien, Europa und der Friede im 19. und 20. Jahrhundert*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. November, 2015.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=45714>

Copyright © 2015 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.